



Stephan Krull:
100 Jahre 8-Stunden-Tag
Otto König/Richard Detje:
Aufspaltung thyssenkrupp

Mit Beiträgen u.a. von
Ursula Schumm-Garling, Klaus
Busch, Antonio Santamaria,
Michael Wendl, Joachim Bischoff,
Hinrich Kuhls, Klaus Steinitz,
Alban Werner, Heiner Karuscheit

Forum
Gewerkschaften

BREXIT

THIS IS WHAT
THE PARTY IS
FOCUSING ON NOW



EXIT

R



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Die Konservative Revolution



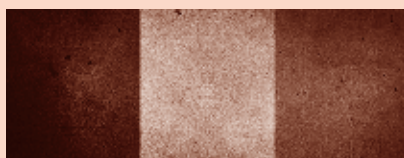
Die Ergebnisse der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 2018 zeigen starke Bewegungen in der Parteienlandschaft. Die CSU hat das schlechteste Ergebnis seit 1950 erzielt und ihre absolute Mehrheit verloren. Die AfD zieht in den 15. Landtag ein. ...

Trump im Konfrontationsmodus, China auf Öffnungskurs



Die Konturen von US-Präsident Donald Trumps Handelsstrategie werden mit jedem Tag klarer. Amerikas Handelspartner sehen sich dramatischen Konfrontationen und Bedrohungen ausgesetzt. ...

Belgiens Mitte geschwächt



Belgiens Wählerschaft hat die etablierten Parteien sowohl der Schweden-Koalition (Liberale und Rechtspopulisten) als auch der Sozialdemokraten abgestraft. 38% der Belgier*innen würden am liebsten sowohl bei Kommunalwahlen als auch bei den Parlamentswahlen nicht mehr ihre Stimme abgeben, wenn die strafbewehrte Wahlpflicht entfiel. ...

Niedergang der Sozialdemokratie

Michael Wendl: Ratlos am Tiefpunkt. Die SPD nach der Bayernwahl	2
Redaktion Sozialismus: Schweden: Erneuerung des Sozialstaates?	6

Berliner Republik: Ost & West, Alt & Jung

Ulrich Busch/Klaus Steinitz: Retrospektiv und erfolgsbetont Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018	9
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Demografischer und gesellschaftlicher Wandel	14

Fallstricke der »Selbst-Bestimmung«

Hinrich Kuhls: Brexit – ein gordischer Knoten. Das irrationale Versprechen der Rückkehr zur »vollen nationalen Souveränität«	21
Klaus Busch: Das italienische Haushaltsdefizit und die Gefahren für die Eurozone	26
Ursula Schumm-Garling: Europas Militarisierung schreitet voran	30
Antonio Santamaria: Nationalistisch oder demokratisch? Die soziale Struktur der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung und die demokratische Frage	32

Gefühlte Legitimierung

Detlef Umbach: Trump, seine Partei und seine Anhänger Ein Ausblick auf die US-Zwischenwahlen	37
---	----

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: thyssenkrupp – riskante Aufspaltung. »Selbsterlegung« und vertane Chance der Arbeitnehmervertreter im montanmitbestimmten Konzern	42
Michael Wendl: Geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung Mit dem »Comparable Worth-Index« gegen den Gender Pay Gap?	46
Stephan Krull: Wege entstehen im Gehen. 100 Jahre 8-Stunden Tag	51

Die Rechte 2018/1918

Alban Werner: Eine vieldeutige Hydra. Rechtspopulismus und Arbeiter*innenklasse (zu Becker u.a., Arbeiterbewegung von rechts?)	55
Heiner Karuscheit: Revolution und Konterrevolution 1918 Das Scheitern einer bürgerlichen Revolution und die Folgen	58

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	49
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Dogman (Filmkritik)	65

Sozialismus extra

Klaus Busch/Joachim Bischoff/Axel Troost Wohin treibt Europa? Plädoyer für eine solidarische EU	
--	--

thyssenkrupp: Riskante Aufspaltung

»Selbsterlegung« und vertane Chance der Arbeitnehmervertreter im montanmitbestimmten Konzern

von ■ Otto König und Richard Detje



Vorstandsvorsitzender Guido Kerkhoff, 20.9.2018 (dpa)

An der Ruhr geht die Ära eines traditionsreichen Industriekonzerns zu Ende: Der Aufsichtsrat von thyssenkrupp hat der Selbsterlegung des Konzerns einstimmig zugestimmt. Nach einem erbitterten Machtkampf haben die entscheidenden Akteure dem Druck der aktivistischen Investoren nachgegeben und den Konzern in zwei Teile zerlegt: einen guten namens »Industrials« und eine Art Bad Bank namens »Materials« für die Problemgeschäfte. Zur Gesichtswahrung setzen sich der am-

tierende Vorstand, die wichtigsten Aktionäre und die entscheidenden Kräfte im Aufsichtsrat – die Vertreter der Arbeitnehmer und der Krupp-Stiftung – vom negativen Begriff der Zerschlagung ab. Exakt dies sei verhindert worden, erklärt triumphierend der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und IG Metall-Vertreter, Markus Grolms und der bisherige Interims-Chef Guido Kerkhoff¹ fabuliert von einem Zwischenweg zwischen »Weiter so« und »Zerschlagung«, den er heroisch als »Befreiungsschlag«

bezeichnet. Das wird noch getoppt von der Dortmunder Mathematik-Professorin Ursula Gather, nebenbei Vorsitzende der Krupp-Stiftung, die durch ihren Eiertanz mit zur Führungskrise des Konzerns beigetragen hat und nun von einer »überzeugenden industriellen Logik« spricht. Inwieweit diese »Logik« zum Stiftungsauftrag passt, ist mehr als fraglich. Hatte doch Alfried Krupp von Bohlen und Halbach der Stiftung für die Zukunft des Konzerns den Auftrag mit auf den Weg gegeben, »die Einheit des Un-

ternehmens« zu wahren und seine »weitere Entwicklung« zu fördern, wie es in der Satzung heißt.

Aktionäre wie der schwedische *Cevian Capital Fund*² und Paul Singers US-Hedge-Fonds *Elliott Management*,³ die monatelang in Wirtschaftsgazetten offensiv die Zerschlagung des Konzerns und dessen personelle Neubesetzung gefordert hatten, betonen, nachdem sie die Aufteilung des Dax-Konzerns mit derzeit rund 160.000 Beschäftigten durchgesetzt haben, sie hätten nie eine Zerschlagung gewollt, sondern immer nur eine »Re-Organisation« eingefordert: »Mehr Freiheiten für Sparten-Manager; weniger Gängelung durch die Zentrale«, so Cevian-Repräsentant Lars Förberg. Doch das geht über die gegenwärtige Zweiteilung noch hinaus. Die Perspektiven der Fonds sahen die Verselbständigung der Geschäftsbereiche zu eigenständigen Unternehmen und die Umwandlung des Konzerns in eine reine Finanzholding vor. Ein Geschäftsmodell, bei dem es um nichts anderes als die Realisierung steigender Profite durch eine bessere *Performance* der einzelnen Unternehmenssparten an der Börse geht.

thyssenkrupp Finanzfachmann Kerkhoff, der im Juli nach dem Abgang von Heinrich Hiesinger zunächst nur für eine Übergangszeit an die Spitze von thyssenkrupp gerückt war, hat sich mit seinen Vorstandskollegen die Haltung der Finanzinvestoren zu eigen gemacht: »Wir sind – das muss man selbstkritisch sagen – in manchen Entscheidungen und Prozessen zu schwerfällig und langsam«. In einem Brief an die Beschäftigten des Konzerns gab er die neue »Unternehmenskultur« vor: »Für uns alle gilt: Wir müssen in Zukunft deutlich mehr Geld verdienen als bisher«.

Aufspaltung des Industriekonzerns

Eine Zweiteilung von thyssenkrupp war bereits im Frühjahr 2018 im Gespräch gewesen, jedoch zunächst am Widerstand des Vorstandsvorsitzenden Hiesinger und des Aufsichtsratsvorsitzenden Lehner gescheitert. Nachdem diese jedoch in der Auseinandersetzung um

die Neuaufstellung des Unternehmens unterlegen und zurückgetreten waren, wurde der Weg frei. Obwohl Kerkhoff als Interimschef immer wieder betonte, dass er »für strategische Veränderungen« kein Mandat habe, ließ nach Informationen des *Handelsblatts* das Vorstandstrio mit Arbeitsdirektor Oliver Burkhard und Rechtsvorstand Donatus Kaufmann unterstützt von Beratern der Investmentbank Goldman Sachs sämtliche Optionen durchrechnen (4.10.2018).

Das Ergebnis der Beratungen, das zwischenzeitlich vom Aufsichtsrat durchgewunken wurde: Der Essener Industrie-Konzern spaltet sich in zwei selbständige börsennotierte Unternehmen auf. Die profitablen und technologieausgerichteten Sparten Aufzüge und Rolltreppen, Autoteile und Fertigungsstrecken sowie der Anlagenbau mit einem Umsatz von rund 16 Milliarden Euro und rund 90.000 Beschäftigten werden in der *thyssenkrupp Industrials AG* zusammengefasst. In der *thyssenkrupp Materials AG* werden der Werkstoffhandel, der 50-prozentige Anteil am künftigen Stahl-Gemeinschaftsunternehmen mit dem indischen Tata-Konzern, das Großwalzlager- und Schmiedegeschäft sowie die Marinewerften mit einem Umsatz von 18 Milliarden Euro und rund 40.000 Beschäftigten gebündelt. Die *Süddeutsche Zeitung* spricht von einer »Art Resterampe«.

Damit thyssenkrupp Materials finanziell lebensfähig ist, soll das Unternehmen eine Beteiligung von 20 bis 40% der thyssenkrupp Industrials AG erhalten. Mit dieser Rückbeteiligung an Industrials erhält die Materials AG ein Kapitalpolster, auf das theoretisch in schlechten Zeiten zurückgegriffen werden könnte. Allerdings wird berichtet, dass diese Beteiligung nur einen zeitlich befristeten Bestand haben soll (NRZ, 17.10.2018). Dagegen soll Industrials von der Hebung stiller Reserven profitieren. So werden im Zuge der Spaltung alle Geschäfte neu bewertet, was vor allem für das profitable Aufzugsgeschäft eine höhere Bewertung und entsprechende Zuschreibungen bringen soll. Die Schulden und die Pensionslasten werden zwischen den beiden Unternehmen aufgeteilt – wobei der Großteil

der Pensionslasten beim Werkstoffkonzern verbleiben wird. Allein vier der derzeit acht Milliarden Euro sollen in das Stahl-Joint-Venture mit Tata eingebracht werden.

Die thyssenkrupp-Anteilseigner sollen nach der Aufspaltung zwei Aktien halten: eine der künftigen thyssenkrupp Materials AG – der bisherigen thyssenkrupp AG – und eine der neuen thyssenkrupp Industrials. In ein bis zwei Jahren soll die Hauptversammlung ihr Placet für die Aufspaltung geben.

Von der gepriesenen »industriellen Logik« profitieren vor allem die beiden Finanzinvestoren Cevian und Elliott

Otto König ist Mitherausgeber, Richard Detje Redakteur von Sozialismus.

¹ Der Aufsichtsrat bestellte Guido Kerkhoff zum Vorstandschef und stattete ihn mit einem Fünfjahresvertrag aus. Arbeitsdirektor Oliver Burkhard erhält ebenfalls einen neuen Vertrag bis 2023, der von Technologie-Vorstand Donatus Kaufmann läuft noch bis 2022. Der vakante Posten des Finanzchefs soll zeitnah besetzt werden.

² Die Investmentgesellschaft Cevian mit Sitz in Stockholm und Büros am Zürichsee und in London gehört zu den aktivistischen Investoren, die aktiv Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen. Sie verwaltet ein Vermögen von ca. zehn Milliarden Euro und ist an thyssenkrupp seit Dezember 2013 beteiligt.

³ Auch Elliot zählt zum Kreis der aktivistischen Investoren, hat zugleich aber eine andere lukrative Geschäftssparte im »Schuldenmanagement«. Elliot »hatte nach der Insolvenz Argentiniens 2001 zusammen mit anderen Investoren zahlreiche Staatsanleihen dieses Landes zu billigsten Konditionen aufgekauft. Während sich ein Großteil der Gläubiger auf eine reduzierte Zurückzahlung einließ, verklagte Singer Argentinien und ließ argentinische Vermögenswerte auf der ganzen Welt beschlagnahmen. Eine ähnliche Vorgangsweise wurde schon vorher gegen die Staaten Peru und die Republik Kongo praktiziert. Ein New Yorker Bezirksrichter verurteilte Argentinien im Oktober 2012 zu einer Zahlung von 1,3 Milliarden US-Dollar an die Hedgefonds. Als weiteres Druckmittel wurde es Argentinien verboten, andere Schulden zu bedienen, solange die Hedgefonds nicht bezahlt worden sind, denn es dürfe kein Gläubiger bevorzugt bedient werden. Ein Berufungsantrag Argentiniens wurde vom Obersten Gerichtshof im Juni 2014 abgelehnt. Nachdem ein Schlichtungsverfahren zwischen Argentinien und den US-amerikanischen Hedgefonds, darunter insbesondere der zu Elliott Management gehörende Geierfonds NML Capital, bis 31. Juli 2014 Mitternacht (6.00 Uhr MESZ) zu keiner Einigung geführt hatte, erklärte der argentinische Wirtschaftsminister die Zahlungsunfähigkeit des Landes zumindest gegenüber diesen Hedgefonds.« (Wikipedia) Vgl. Otto König/Richard Detje: Argentinien Kampf gegen die Geierfonds, SozialismusAktuell, 27.1.2015.

Management, deren Strategie sich auf die rendi-

testärkeren Industriesparten fokussiert, nach dem Motto: die Teile des bisherigen Konzerns sind wertvoller als das Konglomerat als Ganzes. Sie haben insbesondere die Aufzugssparte im Blick, die von großer Nachfrage aus China und vielen Schwellenländern profitiert, wo unter anderem Flughäfen und Einkaufszentren in großer Zahl gebaut werden. Zusammen mit dem Auto-Zuliefergeschäft entsteht mit Industrials ein Unternehmen, das auf Wachstum gepolt ist. Das Finanzblatt *Der Aktionär* jubelte, die Aufspaltung setze »neue Fantasien« frei.

Kampf der Management-Kulturen

Auch in der Bundesrepublik findet seit geraumer Zeit eine Neuausrichtung von Managementstrategien statt. Die Zeit der großen, sich über verschiedene Geschäftssparten erstreckenden Unternehmen wird für beendet erklärt. Was früher einmal als Vorteil galt, weil sich Stärken und Schwächen, die sich im Konjunkturverlauf verändern, ausgleichen können, gilt heute als Manko. Mischkonzerne oder »Konglomerate« werden mit Kursabschlag gehandelt – 10-15% minus lautet die Formel.

Das ist aus der Sicht der Börse nicht völlig aus der Luft gegriffen. Im Fall von thyssenkrupp könnte die Aufspaltung unterschiedliche Investorengruppen ansprechen: Solche, die stärker an stabilen Cashflows der wachstumsstarken Industriebereiche interessiert sind, und andere, die auf zyklische Geschäfte der Werkstoffbereiche setzen. Die Komplexität der thyssenkrupp-Aktie(n) wäre also reduziert. Aufgrund der besseren Kapitalausstattung bei der Industrials AG dürfte sich dessen Rating verbessern, was wiederum den Zugang zu neuem Kapital vereinfachen soll.

»Aktivistische Investoren« stellen eine neue Macht dar. Ihr steiler Aufstieg begann nach der Finanzkrise 2008/09. Während die Notenbanken weltweit die Zinsen in Richtung null Prozent steuerten, suchten Pensionskassen, Versi-

cherungen, Stiftungen und Family Offices nach Möglichkeiten zur Steigerung der Renditen. Die aktivistischen Fonds kamen wie gerufen. Mit 240 Milliarden Dollar Finanzmittel ausgestattet, suchen die Mächtigen der Branche wie Paul Singer von Elliott Anlagemöglichkeiten in Europa. Die Investmentbank Goldman Sachs hat im ersten Halbjahr 2018 bereits 19 Kampagnen gegen Unternehmen durch diese »Heuschrecken« gezählt und geht für das Gesamtjahr von insgesamt 38 Angriffen in Europa aus. Besonders im Fokus ist Deutschland.

Entkernung der Mitbestimmung

Man sei gegenüber der Kapitalseite nicht eingeknickt, sondern habe konstruktiv an der Umgestaltung des Konzerns im Interesse der Arbeitnehmer*innen mitgewirkt, erklärt die IG Metall die Zustimmung ihrer Vertreter im Aufsichtsrat. Tekin Nasikol, Betriebsratsvorsitzender der Stahlsparte, weist darauf hin, dass in dieser Situation nichts Besseres durchgesetzt werden konnte als »die geplante Zweiteilung, verbunden mit der Grundlagenvereinbarung«.

Tatsächlich stellten die Arbeitnehmervertreter bei der Abstimmung im Aufsichtsrat zehn von 18 Aufsichtsräten, sie hatten vorübergehend die Mehrheit, da zwei Posten der Kapitalseite seit dem Ausscheiden von Lehner und des Ex-Telekom-Chefs René Obermann unbesetzt sind. Und gemeinsam mit der Krupp-Stiftung hätte es eine zusätzliche Mehrheit sowohl gegen die Zerschlagung und Aufspaltung als auch für weitergehende alternative industrielle Überlegungen für den notwendigen Transformationsprozess gegeben. Schließlich ist die Aufgabe des schützenden Dachs des Mischkonzerns für Arbeitnehmer*innen ein nicht unwesentlicher Faktor.

Die Arbeitnehmervertreter und ihre Gewerkschaft haben sich stattdessen auf eine betriebswirtschaftliche Einführung verpflichten und mit einer »Grundlagenvereinbarung«⁴ zur Beschäftigungssicherung befrieden lassen. So stellte der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann fest, für die Zustimmung der IG Metall sei es wichtig gewesen, dass »die Beschäftigung und Standorte

langfristig gesichert werden«. Die vom Aufsichtsrat mitbeschlossene »Grundlagenvereinbarung« schließe betriebsbedingte Kündigungen im Zusammenhang mit der Teilung des Konzerns aus und sichere das Weiterbestehen der vorhandenen tariflichen und betrieblichen Regelungen, die für die Beschäftigten abgeschlossen worden seien. Das ist richtig. Selbstverständlich ist es Aufgabe gewerkschaftlicher Politik, sich bietende betriebliche Spielräume zur Abmilderung der Krisenfolgen und zur Sicherung der Beschäftigung zu nutzen. Bis Ende 2020 sind die Mitarbeiter durch eine Konzernvereinbarung vor möglichen Kündigungen geschützt. Im Stahl gibt es sogar einen Kündigungsschutz bis zum 30. September 2026.

Doch welche Perspektiven bietet eine solche Politik? Mitbestimmung wird auf ein Instrument der Personalabwicklung reduziert, während der industrie- wie gesellschaftspolitisch relevante Teil – die Einflussnahme auf strategische Entscheidungen der Unternehmen – in der betrieblichen Praxis keine Anwendung findet. Das kann sich als Fehlorientierung erweisen, denn was ist mit der Aufspaltung des Konzerns perspektivisch gewonnen? Was heute als »überzeugende industrielle Logik« (Krupp-Stiftung) verkauft wird, dürfte aus Investorensicht nur eine Übergangslösung sein.

Aus thyssenkrupp sind statt einem großen nun zwei kleinere »Konglomerate« geworden. Der Kern der Materials AG ist der mit Tata in einem Joint Venture fusionierte Stahlbereich, aus dem sich thyssenkrupp langfristig eher zurückziehen will; dazu kommen der Handelsbereich und das Marinegeschäft, die beide nicht erst seit heute Verkaufskandidaten sind. Synergieeffekte und sich daraus ergebende Kosteneinsparungen zwischen diesen Sparten sind nicht erkennbar. Das gilt auch für die Industrials AG, denn was verbindet den Großanlagenbau mit der Aufzugssparte und dem Automobilgeschäft? Was letzteres betrifft, hatte man die Synergien eher im Zusammenhang mit der Produktion neuer Verbundstoffe im Stahlbereich gesehen, was nun jedoch unternehmenspolitisch getrennt wurde. Und was die fortwährende Kritik am »bürokratischen Wasserkopf« der Konzern-

verwaltung betrifft, erschließt sich auch hier eine »überzeugende Logik« nicht dadurch, dass künftig zwei Verwaltungen zuständig sein sollen.

Vieles spricht demnach dafür, dass die aktivistischen Investoren auf weitere Schritte zur Hebung bilanzieller Schätze drängen werden. Das schließt Verkäufe und separate Börsengänge ein – das Geschäft mit hochmodernen Aufzügen, bei dem thyssenkrupp Exzellenz erwiesen hat, steht dabei als Großes im Mittelpunkt, aber sicherlich rechnet man sich aus, auch mit Kleinerem punkten zu können. Die Logik wird die gleiche sein: Es sind die Investoren, die Unternehmen bewerten und in die Lage versetzt werden müssten, sich die lukrativen Teile des Kuchens herauszusuchen. Die Aufgabe aktivistischer Investoren besteht folglich darin, die Konzerne entsprechend zu »diversifizieren«, ihr Portfolio also investorengerecht zu gestalten.

Unternehmensmitbestimmung?!

Für Betriebsrat und IG Metall ist die Aufspaltung von thyssenkrupp das »kleinere Übel« im Vergleich zu den ambitionierteren Zielen von Investoren wie Cevian und Elliot. In diesem Sinn wurde die Mitbestimmung im Konzern im Sinne von Beschäftigungssicherung – Arbeitsplatzabbau im Stahlbereich und in der Verwaltung in Rechnung gestellt – wahrgenommen. Mehr ist nicht drin, mag man nicht ganz zu Unrecht meinen. Die Mitbestimmungsrechte im Betrieb und im Aufsichtsrat haben keine offensive Qualität, sondern sind strukturell defensiv. Daran hätte auch der Sonderfall einer temporären Mehrheit der Arbeitnehmerseite bei thyssenkrupp wenig geändert: Man hätte die Zerschlagung wohl nur verzögern, aber schließlich nicht verhindern können. Anders wäre es gewesen, wenn man die Krupp-Stiftung und die NRW-Landesregierung auf Seiten der Arbeitnehmervertreter gehabt hätte. In der Öffentlichkeit ist aber nicht bekannt geworden, ob das realistisch gewesen wäre, bzw. ob man es als Strategievariante neben der Zustimmung zur Zerschlagung des Unternehmens überhaupt versucht hat.

Wenn unsere Beobachtung allerdings richtig sein sollte, dass thyssenkrupp ein

Aktuelle Analysen zum Thema im Netz und in den letzten Heften:

Otto König/Richard Detje: Machtkampf bei Thyssen-Krupp. »Aggressive Investoren« treiben Zerschlagung des letzten großen Industriekonzerns im Ruhrgebiet voran, in: Zeitschrift Sozialismus 9/2018.

Forum Gewerkschaften: Plädoyer für einen Neustart. Betriebliche Mitbestimmung auf dem Prüfstand, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2014 (vergriffen, auf Sozialismus.de als pdf herunterzuladen).

herausragender Fall einer sehr viel breiter sich vollziehenden Restrukturierung von Teilen der Unternehmenslandschaft ist, drängen sich zwei Fragen auf. Erstens danach, ob es nicht eine vortreffliche Aufgabe der Gewerkschaft zu sein hat, über deren Verläufe und Gefährdungen aufzuklären, also gesellschaftliche und politische Sensibilität und, wo möglich, Widerständigkeit zu schaffen. Und zweitens: Was bleibt vom gewerkschaftlichen Demokratieangebot eigentlich in Zeiten eines verstärkt autoritären Kapitalismus, wenn selbst die Montanmitbestimmung in der Montanindustrie letztlich nur zur Durchsetzung eines »kleineren Übels« taugt.

Restrukturierungsprozesse können böse Überraschungen bescheren. Der Energiekonzern RWE hat vor zwei Jahren seine Zukunftsgeschäfte um Ökostrom, Netze und Vertrieb als eigenständige Firma Innogy an die Börse gebracht. Doch soll es mit der Unabhängigkeit schon im nächsten Jahr vorbei sein. Dann will RWE die Ökostromkraftwerke wieder selbst übernehmen – und die mühsam aufgebaute Vertriebsfirma Innogy an den alten Rivalen Eon abgeben. Im Zuge dessen sollen 5.000 Arbeitsplätze wegfallen. Innogy-Beschäftigte fühlen sich zu Recht verraten und verkauft (Süddeutsche Zeitung, 4.10.2018).

Die Aufspaltung der Metro in den Lebensmittelgroßhandel und die Elektronikmärkte Media-Markt und Saturn – beide neu gebündelt zur Ceconomy – hat sich als Desaster erwiesen: Seit der Abspaltung der Ceconomy im Juli 2017 ist deren Kurs um 37% und der der Metro-Aktie um 25% eingebrochen. Als »erfolgreich« wird hingegen bisher die Strategie der Verselbständigung von Unternehmenssparten bei Siemens

gewertet.⁵ Nach dem Börsengang von Healthineers am 16. März 2018 ist dessen Kurs um 25% und der der Siemens Aktie um 3% gestiegen.

Da auch bei Volkswagen und Continental Aufspaltungen in Vorbereitung sind, wäre gewerkschaftliche Expertise dringend erforderlich, um darauf aufbauend Strategieentwicklung betreiben zu können. Sicherlich sind die Unternehmensfälle jeweils spezifisch gelagert, aber es macht wenig Sinn, die Aufspaltung eines wirtschaftsdemokratischen Strategieansatzes auf eine defensive unternehmenszentrierte Politik, wie sie historisch gegen gewerkschaftliche Neuordnungsansätze nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt wurde, immer weiter fortzuschreiben.

Es klingt jedenfalls recht hilflos, wenn es heißt, die Mitbestimmung bei thyssenkrupp begleite »den gesamten Prozess sorgfältig« und wenn der nordrhein-westfälische Bezirksleiter der IG Metall, Knut Giesler, fordert »die finanzielle Tragfähigkeit beider Unternehmen müsse und durch Wirtschaftsgutachten« nachgewiesen werden. Von dem gesellschaftlichen Demokratie- und Systemkorrektur-Impuls der paritätischen Mitbestimmung ist wenig geblieben.

⁴ Die IG Metall muss schon im Vorfeld mit Arbeitsdirektor Oliver Burghardt verhandelt haben. Denn nur wenige Minuten, nachdem der Aufspaltungsplan durch eine undichte Stelle in der Öffentlichkeit bekannt wurde, gab es bereits die Grundsatzvereinbarung mit der Gewerkschaft, in der zugesichert wird, dass es aufgrund der Spaltung keinen Stellenabbau geben werde. Bestehende Abbauprogramme sollen jedoch fortgesetzt werden. (Handelsblatt, 4.10.2018)

⁵ Kritisch Otto König/Richard Detje: »Mensch vor Marge«. Milliardengewinne und Standortschließungen – Radikalumbau bei Siemens, Sozialismus.deAktuell, 24.11.2017.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de